Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 11.06.2018:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
	Öffentlicher Teil		
.	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1.	Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 09.04.2018		
2.	Einwohnerfragestunde		
3.	Bestellung eines Schriftführers und Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin	70/18 Zustimmung	einstimmig
3.1.	Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg und der Fraktion GRÜNE im Kreistag Rhein-Sieg vom 04.06.2018: Weiterentwicklung des Schutzangebotes für Frauen und Kinder im Rhein-Sieg-Kreis	71/18 Zustimmung	einstimmig
4.	Ehrenamtlicher Sprachmittlerpool		
5.	Bericht zum Projekt „Mitten im Leben – MiL“ durch den Verein kivi e.V.		
6.	Bericht der Gleichstellungsstelle		
6.1.	Runder Tisch gegen häusliche Gewalt im RSK: Landesantrag 2018		
6.2.	Gleichstellungsplan und Bericht dazu: Sachstand		
7.	Mitteilungen und Anfragen		
	Nichtöffentlicher Teil		
8.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 11.06.2018:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:05 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 30.05.2018
Einladungsnachtrag vom: 05.06.2018

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Katharina Gebauer Vorsitzende
 Frau Hildegard Helmes
 Frau Notburga Kunert Vertretung für Frau Jutta Manstein
 Frau Sigrid Leitterstorf
 Herr Raimund Schink
 Herr Matthias Schmitz

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Harald Eichner
 Frau Veronika Herchenbach-Herweg Vertretung für Herrn Folke große Deters
 Frau Nicole Männig
 Frau Cornelia Mazur-Flöer

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Johanna Bienentreu
 Frau Gabi Deussen-Dopstadt
 Frau Alexandra Gauß

Kreistagsabgeordnete FDP

Frau Renate Frohnhöfer Vertretung für Herrn Christoph Küpper

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Alfons Bogolowski Vertretung für Frau Anna Diegeler-Mai
 Frau Lydia Grüner
 Herr Ludwig Neuber

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Ingo Degenhardt

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Michael Droste

Sachkundige/r Bürger/innen FUW/Piraten

Herr Herwart Weinrich

Schriftführer

KAM Lothar Mollberg

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Folke große Deters

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Christoph Küpper

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Anna Diegeler-Mai

Frau Jutta Manstein

Sachkundiger Einwohner

Herr Harald Klippel

VertreterInnen der Verwaltung:

Dezernent Schmitz

Ltd. KVD Liermann

VAe Dinstühler

VAe Lindemann

Gäste:

Herr Allroggen, Vorsitzender kivi e.V.

Herr Müller, stellv. Vorsitzender kivi e.V.

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	--	--

Die Vorsitzende, Abg. Gebauer, begrüßte die Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Zur Sitzung lagen die Einladung vom 30.05.2018 und der Nachtrag vom 05.06.2018 vor. Als Tischvorlage lag die Beschlussvorlage zum Tagesordnungspunkt 3.1 vor.

1	Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 09.04.2018	
---	---	--

Zur Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration wandte die Abg. Fronhöfer ein, dass eine Frage im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 7 auf Seite 17 der Niederschrift fälschlicherweise der Abg. Kunert zugeschrieben worden sei. Tatsächlich habe aber sie selbst diese Frage gestellt.

Weitere Einwände gegen die Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses lagen nicht vor. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

2	Einwohnerfragestunde	
---	----------------------	--

Schriftliche oder mündliche Fragen gem. § 12 a der Geschäftsordnung für den Kreistag lagen nicht vor.

3	Bestellung eines Schriftführers und Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin	
---	--	--

Ohne Aussprache wurde beschlossen:

B.-Nr. Gemäß § 25 in Verbindung mit § 28 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises wird unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs Herr KAM Mollberg zum Schriftführer des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration bestellt. Frau KAF Schwaebe wird ebenfalls unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zur stellvertretenden Schriftführerin bestellt.

Abst.-Erg.: Zustimmung, einstimmig

3.1	Gemeinsamer Antrag der CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg und der Fraktion GRÜNE im Kreistag Rhein-Sieg vom 04.06.2018: Weiterentwicklung des Schutzangebotes für Frauen und Kinder im Rhein-Sieg-Kreis	
-----	---	--

Abg. Schmitz erläuterte den Antrag. Der Ausschuss wolle stets darauf hinwirken, die Schutzangebote für Frauen und Kinder weiterzuentwickeln. Aus Sicht der CDU sei es elementar, alle Bereiche und alle möglichen Arten und Weisen der Schutzangebote in Betracht zu ziehen. Daher werde vorgeschlagen, die tragende Gruppierung des Frauenhauses Euskirchen einzuladen, ihr Konzept eines offenen Frauenhauses vorzustellen, damit der Ausschuss diesbezüglich einen Einblick bekomme und dies in die weiteren Beratungen mit einbeziehen könne.

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr. Der Ausschuss für Soziales, Integration und Gleichstellung beauftragt die Verwaltung, zu einer der nächsten Sitzungen eine Vertreterin des Frauenhauses Euskirchen einzuladen.

Abst.-
Erg.: Zustimmung, einstimmig

4	Ehrenamtlicher Sprachmittlerpool	
---	----------------------------------	--

Die Vorsitzende Gebauer verwies hier zunächst auf die Vorlage des Kommunalen Integrationszentrums (KI) und stellte es dem Ausschuss frei, hierzu Fragen zu stellen. Abg. Eichner ging darauf ein, dass von den Ehrenamtlichen keine schwerwiegenden oder rechtsverbindlichen Sachverhalte übernommen werden dürften und erkundigte sich, ob diese Sachverhalte dann vom KI übernommen oder hierfür professionelle Dolmetscherbüros angemietet würden. Die VAe Dinstühler stellte klar, dass für rechtlich haltbare Übersetzungen tatsächlich Dolmetscherbüros angefragt werden müssten, da die ehrenamtlichen Sprachmittlerinnen und Sprachmittler keine vereidigten Dolmetscherinnen und Dolmetscher seien und daher keine rechtlich haltbaren Übersetzungen vornehmen könnten. VAe Dinstühler teilte weiter mit, dass das KI selber keine Dolmetschertätigkeiten in solchen Dingen wahrnehme, da auch dem Team des KI keine vereidigten Dolmetscherinnen und Dolmetscher angehörten. Auch die Finanzierung dieser professionellen Dolmetschertätigkeiten könne nicht übernommen werden, da die Landesmittel in Höhe von 50.000 € nicht dafür zur Verfügung stünden.

SkB Droste fragte nach, ob das KI wisse, wie das Verhältnis zwischen den ehrenamtlich geleisteten und den professionellen Dolmetschertätigkeiten sei und ob sich das KI Gedanken darüber gemacht habe, eine/n professionelle/n Dolmetscherin oder Dolmetscher anzustellen, damit nicht immer die Dolmetscherbüros angefragt werden müssten. Zur Frequentierung der professionellen Dolmetscherbüros war VAe Dinstühler nichts bekannt, da das KI nicht mit der Vermittlung an diese Büros betraut sei. Das KI verweise in solchen Fällen lediglich an die anderen Anbieter. Bezüglich der ehrenamtlichen Sprachmittlerinnen und Sprachmittler habe das KI eine sehr hohe Vermittlungsquote. Bis April habe es bereits über 120 Einsätze der Sprachmittlerinnen und Sprachmittler gegeben. Seitens des KI sei keine Anstellung einer/eines professionellen Dolmetscherin/Dolmetschers angeregt worden. Ob diesbezüglich bereits Gedanken der Personalabteilung gegeben habe, sei ihr nicht bekannt.

VAe Dinstühler führte weiter aus, dass es eine hausinterne Liste mehrsprachiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebe, die sich bereit erklärt hätten, fachübergreifend bei Beratungsgesprächen als Übersetzerin und Übersetzer zu helfen. Die Aktualisierung der Liste laufe über das KI. Die Vermittlung der Einsätze erfolge aber nicht über das KI sondern immer in Absprache zwischen der anfragenden Stelle und der Amtsleitung des/der mehrsprachigen Kollegen/Kollegin.

Auf Nachfrage des SkB Droste, ob an Fördermitteln generell immer die Höchstsumme von 50.000 € beantragt werde oder ob man die Höhe der beantragten Förderung begründen müsse, erläuterte VAe Dinstühler, dass das KI die Höchstsumme beantragt habe, da der Bedarf schlicht da sei. Vor allem sei es wichtig, dass den ehrenamtlichen Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern Qualifizierungsmöglichkeiten

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

angeboten werden könnten. Zum Beispiel müssten die Ehrenamtlichen in Gesundheitsthemen qualifiziert werden, da es viele Anfragen für den Gesundheitsbereich gebe.

Die Vorsitzende Gebauer bedankte sich abschließend bei der VaE Dinstühler für ihre Ausführungen.

5	Bericht zum Projekt „Mitten im Leben – MiL“ durch den Verein kivi e.V.	
---	--	--

Herr Allroggen erläuterte anhand der Präsentation (**Anlage 1**) den Sachstand des Projektes und wies dabei zunächst darauf hin, dass die Betreuung der einzelnen Kommunen zwischen ihm und Herrn Müller aufgeteilt sei. So sei Herr Müller zuständig für die Kommunen Hennef, Neunkirchen-Seelscheid und Eitorf; er selber für Windeck, Ruppichteroth und Much.

Er griff sodann einige Punkte als Beispiele für den Sachstand des Projektes heraus. Es gebe zum Beispiel viele Fachvorträge, deren Themen auf Wünschen der beteiligten Bürgerinnen und Bürger vor Ort beruhten. In Eitorf sei ein Wunsch aufgenommen worden, eine Online-Plattform „Nachbarschaft nebenan“ einzurichten, damit sich die Bürgerinnen und Bürger im Ort miteinander auch digital austauschen könnten. Es erstaune immer wieder, wie wenig die Bürgerinnen und Bürger über ihre Ortsteile wüssten. Bei Ortsteilen mit 800 - 1200 Einwohnerinnen und Einwohnern gehe man eigentlich davon aus, dass ein guter Austausch stattfindet. Dem sei aber nicht unbedingt so. Der Austausch von Informationen und Wissen sei deswegen ein wichtiger Punkt und die digitale Plattform eine geeignete Möglichkeit, Informationswege untereinander zu verbessern.

In Much sei in Abstimmung mit der Verwaltung eine Ruhephase eingelegt worden, da es in den Ortsteilen Kranüchel und Kreuzkapelle aktuell keine Resonanz der Bürgerinnen und Bürger und somit anscheinend keinen Bedarf an Maßnahmen des Projektes gebe. Die kleine Gruppe von knapp 10 Leuten, die regelmäßig zusammen gekommen sei, habe überwiegend aus älteren Damen (75 Jahre und älter) bestanden. Diese, wie auch die Gemeindeverwaltung, hätten keine weitere Resonanz in diesen beiden Ortsteilen erreichen können. Eine ähnliche Situation habe es im Neunkirchen-Seelscheider Ortsteil Eischeid gegeben. Das Interesse dort sei ebenfalls nicht besonders ausgeprägt gewesen, weshalb man dort bereits vor längerer Zeit in Absprache mit der Verwaltung einen anderen Ortsteil ausgewählt habe, in dem die Reaktionen und Aktivitäten tatsächlich sehr viel kräftiger seien.

In Ruppichteroth-Schönenberg habe sich die Entwicklung eines Nahversorgungszentrums angeboten. Dies habe auch die DORV-Zentrum GmbH auf der Grundlage wirtschaftlich geprüfter Parameter bestätigt. In Schönenberg habe dann aber ein Café eröffnet, das gut frequentiert gewesen sei. Daraufhin sei die Idee eines Nahversorgungszentrums von den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht mehr unterstützt worden. Nachdem die Entscheidung gegen ein Nahversorgungszentrum gefallen sei, habe das Café aber wieder geschlossen. Daher werde demnächst mit der Verwaltung und einigen Ortskundigen beraten, wie dort weiter verfahren werden könne.

In Windeck und Dambroich habe bezüglich der Nahversorgung eine Bürgerbefragung mit sehr guter Resonanz stattgefunden. Die Rückmeldequote sei laut DORV sehr gut gewesen. Die Zustimmung zu einer Veränderung sei extrem hoch. So hätten in Leuscheid über 90 % der Befragten ausgesagt, dass sie diese Veränderung wollten. Nicht so viele wollten allerdings aktiv mitarbeiten.

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Ein Fazit zur Resonanz des Projektes MiL lasse sich anhand der Teilnehmerzahlen bei verschiedenen Veranstaltungen ziehen:

Mit über 700 habe eine sehr große Gruppe von Menschen an MiL-Treffen vor Ort teilgenommen. 450 Personen seien zu den Fachtagungen, die parallel zu dem Projekt durchgeführt worden seien, gekommen. Besonders wichtig sei aber die Anzahl der MiL-Teamer. Es gebe 65 Personen, die regelmäßig, verbindlich und dauerhaft im Projekt engagiert mitarbeiteten. Dies seien die Menschen, auf die kivi e.V. setze. Hauptsächlich handele es sich hierbei um Vertreter aus den Dörfern Dambroich und Leuscheid, teilweise auch aus Nackhausen. In Schönenberg gebe es auch Aktive, die aber aufgrund der dortigen Schwebephase hier nicht mitgerechnet worden seien. Im Rahmen der Bürgerbefragung hätten sich fast 100 Personen aus den zwei Ortsteilen beteiligt, die mit Fragebögen von Haus zu Haus gegangen seien. Dies sei eine gute Resonanz und ein sehr gutes Zeichen.

Die Zielgruppe, mit der kivi arbeiten wolle, umfasse eine Spanne von 40 Lebensjahren. Dementsprechend unterschiedlich und vielseitig sei diese Zielgruppe. Es gelte daher den konkreten Bedarf vor Ort herauszubekommen. Bei der Arbeit daran werde immer wieder klar, dass es schwierig und langwierig sei, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger so zu gewinnen, dass sie sich öffneten und die nötigen Informationen lieferten. Die Dauer, um das Vertrauen aufzubauen, sei Anfangs unterschätzt worden. Herr Allroggen führte weiter aus, dass es als Unterstützer auch Unternehmer aus verschiedensten Branchen brauche. Hier seien nicht nur die Pflegebranche oder zum Beispiel Apotheker angesprochen. Es brauche auch eine breite Unterstützung von Unternehmen auch bei der mobilitätsorientierten Entwicklung der Ortsteile, wenn es zum Beispiel um Bereitstellung von Bänken oder um die Hinweisschilder auf Mitfahrbänke gehe. Herr Allroggen äußerte an dieser Stelle die Bitte an die Anwesenden, eigene Verbindungen und Kontakte zu nutzen, um auf kivi aufmerksam zu machen. Bezüglich der Zusammenarbeit mit den Verwaltungen betonte er, dass die Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung und drei Kommunalverwaltungen sehr gut funktioniere. Es gebe aber auch zwei Verwaltungen, die das Projekt aufgrund fehlender Ressourcen nicht unterstützen könnten.

Herr Allroggen stellte noch einmal heraus, dass das Projekt nur dann zielorientiert weiter arbeiten könne, wenn sehr viele Facetten, die für das Leben und die Lebensqualität Älterer von Bedeutung seien, berücksichtigt würden. Es gehe nicht nur um Gesundheit im engeren Sinne, sondern auch um Freizeitgestaltung, um kulturelle Möglichkeiten, um medizinische und pflegerische Versorgung, Alltagsdienstleistungen und vieles andere mehr. Daher brauche kivi ein sehr breites Netzwerk. Hier gebe es bereits viele Kooperationspartner, auch solche, die sich per Vertrag verbindlich zur Unterstützung verpflichtet hätten. Dies müsse allerdings noch mehr werden.

An dieser Stelle kündigte Herr Allroggen an, das kivi dem Landrat und dem Kreistag in Kürze einen Bericht über das Jahr 2017 zuleiten werde, aus dem weitere Einzelheiten hervorgingen.

Weiter referierte er, dass auf Anregung verschiedener Gemeinden ein Arbeitskreis „Ärztliche Notfallversorgung“ eingerichtet worden sei, in dem zurzeit intensiv gearbeitet werde. Aufgrund eines anderen Wunsches aus den Gemeinden überlege man auch, einen Runden Tisch zum Thema Pflege und Vorfelddpflege ins Leben zu rufen. Hierzu brauche es aber noch einige Überlegungen und Abstimmungen mit dem Kreis.

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Bezüglich der Landesförderungen teilte Herr Allroggen mit, dass es derer zwei gebe. Die eine sei bereits ausgelaufen. Man habe hier keine Verlängerung über Mai hinaus erreichen können. Die andere laufe noch bis 2019. Es werde aber versucht, eine Folgeförderung zu bekommen.

Das hiesige lokale Entscheidungsgremium habe mit deutlicher Mehrheit den Antrag zu Mitfahrbänken bei VITAL.NRW als förderwürdig betrachtet. Daher werde nun ein Antrag auf Förderung bei der Bezirksregierung gestellt. Im Rahmen der Regionale 2025 hoffe er auf weitere Fördermöglichkeiten. Diese seien wichtig, um vor Ort intensiver präsent sein zu können. Auch wichtig sei eine Verknüpfung mit verschiedenen Partnern wie der Wohlfahrt, den Kirchen, den Vereinen und den Gemeindeverwaltungen. Es solle ein gemeindeübergreifendes, vielleicht sogar Kreisgrenzen übergreifendes, Konzept erarbeitet werden. Hierzu sei man bereits in Gesprächen mit dem Oberbergischen Kreis.

Im Nachgang zu den Ausführungen von Herrn Allroggen ging die Abg. Männig auf die Einzelmaßnahmen ein, die für die einzelnen Kommunen aufgelistet worden waren und erkundigte sich, ob diese Aufstellung vollständig gewesen sei oder es sich nur um Beispiele gehandelt habe. Es sei ein großer Unterschied zu bemerken zwischen einigen Gemeinden, in denen viele konkrete Maßnahmen stattfänden und den Gemeinden Neunkirchen-Seelscheid, Much und Ruppichteroth, für die wenig bis gar nichts aufgeführt sei. Des Weiteren interessierte sie, wie die Reaktionen auf die Befragung an den Haustüren waren.

Abg. Eichner hakte nach, was sich hinter den Bewegungsangeboten und Mahlzeiten verberge.

Abg. Schmitz erkundigte sich vor dem Hintergrund, dass einige Verwaltungen nicht kooperativ oder konstruktiv mitarbeiteten, ob es gegebenenfalls Möglichkeiten gebe, positiv auf diese Verwaltungen einzuwirken und ob der Ausschuss hier helfen könne.

Ergänzend zum Vortrag von Herrn Allroggen zeigte die Abg. Gauß aus der eigenen Erfahrung als Mitglied im MiL-Team auf, dass es eine Bürgerbroschüre gebe, die die Leuscheider Bürgerinnen und Bürger mit viel ehrenamtlichem Engagement entwickelt hätten. Die Broschüre liege nun bei jedem Arzt aus. Die Fragebogenaktion hätten die Bürgerinnen und Bürger in Leuscheid sehr positiv aufgenommen. Der persönliche Kontakt sei hierbei sehr wichtig gewesen. Hierdurch seien auch noch mehr Unterstützer hinzugekommen. Abg. Gauß zeigte sich hoffnungsvoll, dass durch die positive Stimmung in der Gemeinde dieses Projekt zu einem Erfolg geführt werde. Sie unterstrich, dass die Unterstützung von MiL hier sehr wichtig gewesen sei, vor allem, um die Anfangsphase bis zur eigenen Zielfindung und einer gewissen Eigendynamik zu meistern.

Zu den Bewegungsangeboten führte Herr Allroggen aus, dass es sich hierbei um ganz unterschiedliche Angebote für verschiedene Altersgruppen handele, wie zum Beispiel Wandern oder Radfahren. Diese Angebote würden von kivi oder Menschen aus den Gemeinden gemacht und basierten auf den Wünschen, die aus den Gemeinden kämen. Hier würde sich aber auch immer mit den ortsansässigen Sportvereinen ausgetauscht, damit hier keine Konkurrenz entstehe.

Bei den Mahlzeiten handele es sich um einen Mittagstisch, der hauptsächlich in Dambroich angeboten werde. Dieses Angebot, das nicht nur Ältere anspreche, finde einmal im Monat statt und werde mittlerweile auch von Auswärtigen angenommen, die dieses soziale Gefüge begrüßten. Herr Allroggen nannte noch ein weiteres Bei-

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

spiel dafür, dass es auch Themen gebe, die sowohl für ältere als auch für jüngere Menschen interessant seien. So sei in Dambroich von Älteren angestoßen worden, die Durchgangsstraße zu beruhigen. Daraufhin hätten sich auch junge Eltern gemeldet und dem angeschlossen, da sie vor allem wegen ihrer Kinder ebenfalls ein hohes Interesse an der Verkehrsberuhigung dieser Straße gehabt hätten.

Herr Allroggen führte weiter aus, dass Aktivitäten immer erst dann angestoßen würden, wenn vorher Interesse daran bekundet worden sei. Es werde bei MiL immer zunächst abgefragt welche Interessen oder Bedarfe es gebe. Sodann werde mit Angeboten reagiert. So erkläre sich auch ein Stück weit die unterschiedliche Dichte an Angeboten. Für kivi sei es wichtig, individuelle Konzepte zu gestalten und nicht ein vorgefertigtes Konzept in allen Gemeinden realisieren zu wollen.

Zum Thema fehlende Unterstützung durch die Gemeindeverwaltungen stellte er klar, dass der Hauptgrund hierfür Geld- und Personalmangel sei. Die Bürgermeister betonten in den Lenkungsgruppen immer wieder, dass sie es für wichtig hielten, dass es eine oder mehrere Personen gäbe, die sich über die Gemeindegrenzen hinweg im ländlichen Raum um diese Themen kümmern. Herr Allroggen unterstützte diese Ansicht indem er ausführte, dass die Prävention im Sinne von Mitten im Leben nicht auf der Schulter einer kleinen Kommune lasten dürfe, sondern dies übergreifend getragen werden müsse. Diese Aufgabe brauche Landes- und Bundesunterstützung. Es seien viele verschiedene Bereiche betroffen, wie zum Beispiel Mobilität, Dorfgestaltung, Entwicklung von Wohnflächen für Ältere und das Thema medizinische Versorgung. Dies alles sei nicht auf kommunaler Ebene oder auf Kreisebene zu regeln. Hilfe durch den Kreis, auch finanziell, sei natürlich willkommen, aber noch wichtiger sei die Interessenvertretung gegenüber Land und Bund.

Abg. Deussen-Dopstadt fragte nach, ob es allgemeine Äußerungen bezüglich der Gelingensbedingungen seitens der Adressaten gebe, was die Akzeptanz dieses Angebotes erhöhen würde und ob kivi alle sozialen Schichten, also auch sogenannte Arme oder isolierte Menschen erreiche. Herr Allroggen erläuterte, dass die Gelingensbedingungen sehr unterschiedlich seien und mit den Altersstufen und den eigenen Möglichkeiten zusammen hingen. Jemand, der in der Lage sei, mit dem Auto von Schönenberg nach Ruppichteroth zu fahren, brauche keine Nahversorgung in Schönenberg. Es gebe aber eben auch Menschen, die das nicht mehr könnten, es aber auch nicht äußerten. So gebe es zum Beispiel in einer Gemeinde einen ehrenamtlichen Besuchsdienst für Personen, die zuhause Hilfe brauchten. Hier hätten sich aber nur unter 10 Personen gemeldet, die diesen Dienst in Anspruch hätten nehmen wollen. Nach Schätzungen der Gemeinde gebe es aber über 200 Personen, die diese Hilfe eigentlich bräuchten. Dies sei ein Signal für die Größe der Gruppe, die drohe zu vereinsamen. Aber an diese Gruppe heran zu kommen, sei sehr schwierig. Es brauche dazu lange und intensive Arbeit, für die auch das Personal fehle.

Herr Müller ergänzte, um ein weiteres Beispiel aus der Praxis. Im Ortsteil Eischeid der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid gebe es keinen Bedarf an Aktivitäten durch MiL, da Eischeid nur einen Kilometer von Neunkirchen entfernt sei. Daher habe man sich auf den Ortsteil Nackhausen konzentriert, der etwas außerhalb liege. Dort hätten sich bereits bevor kivi das erste Mal vor Ort war, bereits 6 Familien zusammengeschlossen und eine Bürgerbefragung mit einer Erfolgsquote von 98 % durchgeführt. Aus dieser Befragung seien der Bedarf des Ortsteils und die Wünsche der Einwohnerinnen und Einwohner hervorgegangen. In einem zweiten Schritt sei zusammen mit diesen Familien und der Kommune eine Bürgerversammlung durchgeführt worden, bei der die Ergebnisse durch die Ortsansässigen selbst vorgestellt worden seien. Dadurch sei dort eine gewisse Dynamik entstanden. Ein anderes gu-

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

tes Beispiel sei der Zusammenschluss der Ortsteile Happerschoß und Heisterschoß für die gemeinsame Übernahme und Umsetzung des Konzeptes, dass in Dambroich bereits erfolgreich umgesetzt werde.

Dezernent Schmitz bedankte sich für die Ergänzungen und stellte klar, dass der Verein kivi e.V. mit seinen Aktivitäten natürlich nicht alle Probleme der Gesellschaft lösen könne. MiL sei ein Projekt, das im Wesentlichen über das Land gefördert werde. Für die altengerechte Quartiersentwicklung stünden in diesem Jahr zwei Vollzeitstellen zur Verfügung. Laut Förderbescheid beziehe sich das auf Ruppichteroth und Neunkirchen. Darüber hinaus gebe es für dieses Jahr auch noch 25.000 € Zuschuss vom Kreis und Herr Allroggen habe ja auch versucht, die örtlichen Kommunen dazu zu bewegen sich an dem Projekt zu beteiligen. Dies sei aber schwierig, da es sich ja um keine Pflichtaufgabe handele und diese besagten Kommunen alle im Haushaltsicherungsverfahren seien, weswegen diese nicht in dieses Projekt investieren könnten. Bezüglich der MiL-Projekte teilte er mit, dass das MiL-1-Projekt, ausgelaufen sei, MiL-2 laufe noch dieses Jahr und MiL-3 noch bis nächstes Jahr. das MiL-4-Projekt sei beantragt worden, es werde aber nicht mehr durch das Land gefördert, da das Land aus dieser Art der altersgerechten Quartiersentwicklung aussteigen werde. Das bedeute, dass die Arbeit der Vollzeitmitarbeiter für die Quartiersentwicklung zeitlich begrenzt sei. Es werde versucht im Rahmen der Regionale 2025 eine Förderung für diese Gemeinden zu erhalten. Das MiL-Projekt werde aber so aufgrund des Ausstiegs des Landes nicht mehr weitergeführt werden können.

Abg. Helmes erkundigte sich, ob kivi e.V. denn auch versuche über die Kirchen oder Altenheime an Menschen heranzukommen, um dort mehr Akzeptanz zu finden und so einer sozialen Isolation entgegenzuwirken. Herr Allroggen bestätigte dies als einen wichtigen Teilaspekt der Arbeit des Vereins. Kivi e.V. suche den Kontakt mit allen, die in der Arbeit für ältere Menschen oder Menschen, die Hilfe brauchten, aktiv seien. Dazu gehörten zum Beispiel die Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Vereine. Es sei allerdings festzustellen, dass die Kirchen nicht mehr so präsent seien, wie sie es eigentlich gerne wären. Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche sei nicht in allen 6 Kommunen vorhanden oder handlungsfähig. Daher könne dies nur ein Teilaspekt sein. Die Menschen müssten lernen für sich und mit sich selber etwas zu tun. Es müsse hier noch mehr auch im generationenübergreifenden Bereich passieren. Dambroich sei ein gutes Beispiel, dass dies funktioniere.

Die Vorsitzende bedankte sich abschließend bei Herrn Allroggen und Herrn Müller und wünschte viel Erfolg bei der weiteren Arbeit.

6	Bericht der Gleichstellungsstelle	
6.1	Runder Tisch gegen häusliche Gewalt im RSK: Landesantrag 2018	

VAe Lindemann sagte zu, die Zahlen der Kreispolizeibehörde zur häuslichen Gewalt im Rhein-Sieg-Kreis im Jahr 2017 der Niederschrift beizufügen (siehe **Anlage 2**). Anhand der Zahlen lasse sich auch die Entwicklung in den letzten Jahren erkennen. Die Zahl der Strafanzeigen sei leicht rückgängig. Wie ihr der Leiter des Kommissariats Opferschutz in Siegburg zu verstehen gegeben habe, sei dies aber keinesfalls ein Zeichen dafür, dass die Zahlen häuslicher Gewalt insgesamt zurückgegangen

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

seien. Es sei vielmehr ein Zeichen dafür, dass Frauen besser informiert seien und sich selbstständig an Frauenberatungsstellen oder an Frauenhäuser wendeten, um dort Schutz zu suchen.

VAe Lindemann teilte mit, dass der „Runde Tisch häusliche Gewalt“ jedes Jahr Vernetzungsgelder beim Land NRW beantrage. Mittlerweile seien dies 8.000 €. Es seien zweimal der Workshop „... und plötzlich fachlich handeln müssen“ geplant. Der eine Workshop richte sich zum Beispiel an Beschäftigte im Jobcenter, damit sie, falls in einem Erstgespräch das Thema auf häusliche Gewalt kommt, entsprechend richtig reagieren können. Der zweite Workshop zu diesem Thema solle ein Angebot für Berufsbetreuer sein.

Des Weiteren sei wieder eine Fortbildung zum Thema „Formen und Folgen häuslicher Gewalt - Trennungsbarrieren“ geplant, bei der es darum gehe, die Teilnehmenden für die Trennungsbarrieren zu sensibilisieren.

Zudem solle es einen Workshop zur „Selbstfürsorge in helfenden Berufen im Kontext zu häuslicher Gewalt“ geben, da Menschen, die in ihrem Beruf mit dem Thema Gewalt arbeiten besonders Gefahr liefen, auszubrennen.

In enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des Rhein-Sieg-Kreises sei ein Workshop „Umgangsregelungen im Kontext häuslicher Gewalt“ geplant. Das Miterleben von häuslicher Gewalt stelle für Kinder eine erhebliche Belastung dar und sei als Kindeswohlgefährdung einzuschätzen. Bei der Fortbildung gehe es darum den Teilnehmenden Wissen und Handwerkszeug zur fachlichen Einschätzung dieses Risikos bei Umgangsregelungen zu vermitteln. Der Fokus liege dabei auf dem Kindeswohl.

Weiter wies VAe Lindemann darauf hin, dass am 24.11.2018 eine Veranstaltung und Ausstellung zum Tag gegen Gewalt an Frauen geplant sei. Es handele sich hierbei um eine Kooperationsveranstaltung des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt und des Arbeitskreises der Gleichstellungsbeauftragten im Rhein-Sieg-Kreis. Geplant sei, diese Veranstaltung im Huma- Einkaufszentrum in Sankt Augustin stattfinden zu lassen. Man habe sich dort erfreut gezeigt, dass man mit diesem Thema an sie heran getreten sei. Geplant sei eine moderierte Gesprächsrunde unter Einbeziehung des Publikums und die Ausstellung „Stark für Frauen“. Landrat Schuster und Bürgermeister Schumacher von Sankt Augustin habe man bereits als Unterstützer gewinnen können.

Des Weiteren sollten Postkarten und Aufkleber für Flüchtlingsunterkünfte gedruckt werden, auf denen eine Kurzfassung des Leitfadens zum Umgang mit häuslicher Gewalt in Flüchtlingsunterkünften abgedruckt sein solle. Es werde zudem einen ausführlichen Leitfaden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Flüchtlingsunterkünften geben, wie sie in akuten Situation handeln sollten.

Es sollten zudem drei Selbstbehauptungskurse für Frauen und Mädchen im Rhein Sieg Kreis angeboten werden. In Meckenheim gebe es schon den Fortsetzungskurs, während in Hennef und Wachtberg zum ersten Mal dieser Kurs angeboten werden solle.

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Besonders hervor hob VAe Lindemann den geplanten interaktiven Vortrag zur Istanbul-Konvention. Deutschland habe im Oktober 2017 die Istanbul-Konvention ratifiziert und damit den Willen zur Umsetzung dokumentiert. Hierbei gehe es nochmal besonders um den Schutz von Opfern häuslicher und sexueller Gewalt. Es würden hier neue Handlungsempfehlungen genannt, denen sich Deutschland nun verpflichtet habe. Als Referentin habe man Rosa Logar gewinnen können, die der Experten-Gruppe des Europarates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt angehöre, die mit der Kontrolle der Umsetzung der Istanbul-Konvention beauftragt sei.

Nach diesen Ausführungen richtete die Abg. Deussen-Dopstadt die Frage an die VAe Lindemann, ob es im Rhein-Sieg-Kreis oder im Bonner Raum das Problem der Zwangsprostitution unter geflüchteten Frauen aus Afrika gebe. VAe Lindemann teilte mit, dass ihr hierzu nichts bekannt sei.

6.2	Gleichstellungsplan und Bericht dazu: Sachstand	
-----	---	--

VAe Lindemann wies darauf hin, dass sie in diesem Jahr keinen Bericht zum Frauenförderplan vorstellen könne. Dies liege daran, dass das Gleichstellungsgesetz novelliert worden sei und sich dadurch die Vorgaben geändert hätten. Der Plan heiße nun nicht mehr Frauenförderplan sondern Gleichstellungsplan und sei nun Teil der Personalentwicklung. Sie erläuterte, dass der Gleichstellungsplan viel konkreter sei, als der derzeitige Frauenförderplan. So beinhalte er eine Bestandsaufnahme und Analyse der Beschäftigtenstruktur und eine Prognose der zu besetzenden Stellen und der möglichen Beförderungen und Höhergruppierungen für den gesamten Zeitraum der Geltungsdauer. Im Gleichstellungsplan sollten zudem konkrete Ziele und Maßnahmen genannt werden, mit denen diese Ziele erreicht werden sollten. Der Gleichstellungsplan gelte in der Regel 3 bis 5 Jahre. Wie lange er im Rhein-Sieg-Kreis gelten solle sei noch nicht entschieden. Nach zwei Jahren solle überprüft werden, ob die Ziele erreichbar scheinen oder ob die Maßnahmen angepasst werden müssten, um diese Ziele zu erreichen. Im Gegensatz zum Frauenförderplan gebe es beim Gleichstellungsplan nun eine viel stärkere Verpflichtung zur Überprüfung und Kontrolle der Frauenförderung. Die Zahlen des vergangenen Jahres dienten nun als Grundlage für den Gleichstellungsplan der ab dem Jahr 2019 dann drei bis fünf Jahre gelten werde. Für die Personalabteilung bedeute dies einen erheblichen Mehraufwand, da nun auch Prognosen erstellt werden müssten. Da der Frauenförderplan Ende 2018 abläuft, müsse bis dahin dann der Gleichstellungsplan aufgestellt sein.

Die Vorsitzende bedankte sich bei der VAe Lindemann für die Ausführungen.

7	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Es gab keine Mitteilungen oder Anfragen.

Ende des öffentlichen Teils

20. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 11.06.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

8	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Es gab keine Mitteilungen oder Anfragen.

Katharina Gebauer
Vorsitzende

Lothar Mollberg
Schriftführer

.Mitten im Leben

Hermann Allroggen

Wilfried Müller

Vorsitzender kivi e.V.

stellv. Vorsitzender kivi e.V.

Die Initiative „Mitten im Leben (MiL)“

Bevölkerungsdichte
Rhein-Sieg-Kreis

Projektziele

- **längerer, selbstständiger Verbleib** Älterer im gewohnten, sozialen Umfeld
- Optimierung der **(Versorgungs-)Infrastruktur**
- **Konsolidierung** des Kostenanstiegs öffentlicher **Transferleistungen**
- Stärkung des **bürgerschaftlichen Engagements**
- **Vernetzung** von Akteuren & (Hilfs-)Angeboten
- **Zusammenwirken von:**
 - Leistungserbringer ← → zivilgesellschaftliches Engagement
 - öffentliche Hand ← → Unternehmen/freie Wirtschaft

ZIEL:
Gesundes
Älterwerden
im ländlichen
Raum

Sachstände MiL-Kommunen

<h2>Hennef Dambroich</h2>	<h2>Eitorf Merten & Bach</h2>	<h2>Windeck Leuscheid</h2>
<ul style="list-style-type: none"> ● MiL-Team vorhanden, 15 Pers. ● Seit 07/2016 Fachvorträge ● Fahrbahnverengung K40 ● Seit 03/2017 Mittagstisch, 1x/Monat ● Antrag auf Querungshilfe L143 <p><u>Nächste Schritte:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ● Dorfzentrum Dambroich, positives Ergebnis der Bürgerbefragung, ● Nächste Schritte in den Arbeitsgruppen bereits erfolgt ● Installation Mitfahrbänke Stadt Hennef 	<ul style="list-style-type: none"> ● MiL-Team vorhanden, 20 Personen ● Seit 09/2016 Fachvorträge ● Mitfahrbank (Merten & Eitorf Zentrum) ● Online-Nachbarschaft nebenan.de ● Teilnahme Weihnachtsmarkt Eitorf <p><u>Nächste Schritte:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ● Vernetzung Akteure in Eitorf ● Aufbau regelmäßiger Mittagstisch in Merten ● Streckenausbau Mitfahrbänke 	<ul style="list-style-type: none"> ● MiL-Team vorhanden, 15 Personen ● Seit 10/2016 Fachvorträge ● Wanderungen <p><u>Nächste Schritte:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ● Ein Dorfzentrum fürs Leuscheider Land, Befragung erfolgreich vorgestellt ● Positives Ergebnis der Bürgerbefragung, nächste Schritte in den Arbeitsgruppen geplant

Sachstände MiL-Kommunen

Ruppichteroth Schönenberg	Neunkirchen-Seelscheid	Much
<ul style="list-style-type: none">● MiL-Team vorhanden, 20 Personen● Mehrgenerationenpark● Seit 11/2016 Fachvorträge● Netzwerkbildung „Alten-Netzwerk“● 3 Mitfahrbänke am/auf Kirchberg <p><u>Nächste Schritte:</u></p> <ul style="list-style-type: none">● Aktion ruht; Gespräch mit BM folgt in Kürze.	<ul style="list-style-type: none">• Standort Eischeid beendet <p><u>Nächste Schritte:</u></p> <ul style="list-style-type: none">• Auswahl eines neuen MiL-Quartier: Nackhausen• Befragung nach Wünschen und Anregung der Bewohner bereits erfolgt und vorgestellt in der BV am 4.6.2018• Weiteres Vorgehen wird geplant	<ul style="list-style-type: none">• Kranüchel/Kreuzkapelle beendet• Verhandlungen mit Gemeinde über Fortführung <p><u>Nächste Schritte:</u></p> <ul style="list-style-type: none">• ...

Ein multifunktionales Dorfzentrum

	Dambroich	Leuscheid	Schönenberg
Kurzanalyse	x	x	x
Bürger-/Informations- veranstaltung	x	x	x
Bürgerversammlung – die Entscheidung	x	x	x
Sicherstellung Finanzierung	x	x	Projekt beendet
Workshop: Erstellung Fragebogen	x	x	
Durchführung Befragung (4-6 Wochen)	x	x	
Ergebnis der Befragung in BV vorgestellt	positiv	positiv	
Nächster Schritt: Treffen Arbeitsgruppen	erfolgt	Termin in Planung. AG

Fazit nach 3 Jahren MiL

Aktuelles

- Arbeitskreis „Ärztliche (Notfall-)Versorgung“ gegründet Juli 2017 2018. Gemeinde-Wunsch auf Einrichtung "Runder Tisch Cure and Care" in Prüfung; Abstimmung mit KSA!
- weitere Landesförderung NKS/Much bis 2019
- Vital.NRW Antrag „Mitfahrbänke“ förderungswürdig, Antrag an Bezirksregierung kann erfolgen
- Regionale 2025: Vorbereitung eines gemeindeübergreifenden Projekt/-antrag/es

Kontakt

Ansprechpartner:

Hermann Allroggen
Vorsitzender kivi e.V.

hermann.allroggen@kivi-ev.de

Wilfried Müller
stell. Vorsitzender kivi e.V.
wilfried.mueller@kivi-ev.de

www.kivi-ev.de

www.facebook.com/MittenimLebenMiL

Projektbüro

Telefon: 02241 14 85 308

Anlage 2

Zahlen häusliche Gewalt in der Kreispolizeibehörde Rhein-Sieg-Kreis

in den Jahren 2014 – 2017

	Anzahl der Strafanzeigen in Fällen HG	Vermittlung der Opfer	prozentualer Anteil
2014	468	138	29
2015	529	177	33
2016	451	157	35
2017	436	124	28

FDP – Kreistagsfraktion

Freie Demokraten

FDP Kreistagsfraktion Rhein-Sieg - Kreishaus - 53721 Siegburg

Rhein-
Sieg **FDP**

An den Landrat
des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
Kreishaus
53721 Siegburg

Kreishaus
Telefon: 02241/60320
Telefax: 02241/52262
E-Mail: fdp-ktf.rhein-sieg@t-online.de

Siegburg, den 20. Juni 2018

Betr.: Anfrage/Nachfrage zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration (ASGI) vom 11.06.2018

Sehr geehrter Herr Landrat,

in der Sitzung am 11.06.2018 wurde über das Projekt „Mitten im Leben – MiL“ durch den Vorsitzenden des Verein Kivi e.V., Herrn Allroggen, berichtet. Da von Seiten der Verwaltung mitgeteilt wurde, dass die Förderung des Projektes demnächst ausläuft (2019 ?) stellt die FDP-Kreistagsfraktion folgende Nachfragen mit der Bitte, die Daten dem Protokoll beizufügen:

1. Wer ist zurzeit an der Finanzierung des Projektes beteiligt?
2. Wie viel Finanzmittel übernimmt der Rhein-Sieg-Kreis?
3. Wie hoch wäre der Zuschuss des Rhein-Sieg-Kreises bei Auslaufen der Förderung durch Dritte?

Mit freundlichen Grüßen
Gez. Dr. Karl-Heinz Lamberty, Renate Frohnhöfer und Fraktion

FdR

Hans-Joachim Pagels

**Der Landrat
Dezernat 2/Amt 53/ Amt 50**

11.07.2018

**An die
FDP-Kreistagsfraktion**

**nachrichtlich:
CDU-Kreistagsfraktion
SPD-Kreistagsfraktion
Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion DIE LINKE
AfD-Kreistagsfraktion
Gruppe im Kreistag
FUW/Piraten**

sowie Einzelabgeordnete Dr. Fleck und Meise

**Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 20.06.2018
finanzielle Mittel für die MiL-Projekte von kivi e.V.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zu der o. g. Anfrage wird wie folgt Stellung genommen.

zu Frage 1:

Wer ist zurzeit an der Finanzierung des Projekts beteiligt?

Am Projekt MiL (Kurzbezeichnung MIL/Mitten im Leben) zu Gunsten des Vereins kivi e.V. sind beteiligt:

- Bezirksregierung Düsseldorf, Zuwendungsbescheid über Projektfördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesförderplan Alter und Pflege zur Entwicklung altengerechter Quartiere
- Rhein-Sieg-Kreis

zu Frage 2:

Wie viele Finanzmittel übernimmt der Rhein-Sieg-Kreis?

Auf der Grundlage der Zuwendungsbescheide der Bezirksregierung Düsseldorf sowie der hierauf beruhenden zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und kivi e.V. geschlossenen Weiterleitungsverträge erhält kivi e.V. die dem Rhein-Sieg-Kreis für das Projekt bewilligten Fördermittel als sog. „Durchlaufposten“ in Höhe von:

- 121.886,34 € für den Förderzeitraum 01.06.2015 – 31.05.2018 (Projekt MiL II - Quartiersentwicklung Gemeinde Ruppichterath)
- 121.271,79 € für den Förderzeitraum 01.10.2016 – 30.09.2019 (Projekt MiL III - Quartiersentwicklung Gemeinden Neunkirchen-Seelscheid / Much)

Darüber hinaus erhält kivi e.V. Mittel aus dem Teilprodukt 0.50.40.02 „Mittel für Projekte der Sozialen Arbeit im Quartier“ (siehe Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration vom 05.02.2015) in Höhe von:
2015: 5.000 € 2016: 10.000 € 2017: 10.000 € 2018: 5.000 €

Im Rahmen der Beratungen für den Doppel-Haushalt 2017 / 2018 hat der Kreistag auf Antrag von Kivi e.V. zusätzlich beschlossen, den Kreiszuschuss an Kivi e.V. für das Projekt "Mitten im Leben" (MiL III) um jährlich 20.000 € in 2017 und 2018 aufzustocken. Grund hierfür war, dass mit dem Förderbescheid für den zweiten Förderzeitraum die Ausweitung auf weitere Kommunen verbunden war.

Aus den beiden Beschlüssen resultieren folgende Zahlungen an Kivi e.V. durch den Rhein-Sieg-Kreis:

2015: 5.000 €
2016: 10.000 €
2017: 30.000 €
2018: 25.000 €

zu Frage 3:

Wie hoch wäre der Zuschuss des Rhein-Sieg-Kreises bei Auslaufen der Förderung durch Dritte?

Die Landesförderung endet zum 30.09.2019. Über die Höhe eines erforderlichen Zuschusses für das Jahr 2019 liegen der Verwaltung keine Erkenntnisse vor. Nach Vorlage des Rechenschaftsberichtes von kivi e.V. zu den MiL-Projekten in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration (ASGI) vom 11.06.2018 wurde die Auszahlung für das Jahr 2018 vom Rhein-Sieg-Kreis durchgeführt. Weitere Zahlungsverpflichtungen aus den MiL-Projekten liegen nicht vor.

Die Förderung für das Projekt MiL IV (Antragstellung 08.11.2017 durch den Rhein-Sieg-Kreis), Quartier Gemeinde Windeck, wurde von der Bezirksregierung mit Bescheid vom 15.02.2018 abgelehnt. Förderanträge zu Lasten des Rhein-Sieg-Kreises durch den Verein kivi e.V. für MiL-Projekte liegen der Verwaltung nicht vor.

Mit freundlichen Grüßen

Der Landrat

25/07/18